

Informationspflicht gemäß Artikel 13 DSGVO
Vermietung von Wohnraum mit Smart-Home-Technologie im Rahmen
des Projekts "Future Living Berlin"
GSW Gesellschaft für Siedlungs- und Wohnungsbau Baden-
Württemberg mbH
Leopoldplatz 1, 72488 Sigmaringen

Datenschutzbeauftragter:

Externer Datenschutzbeauftragter bestellt über
WTS Wohnungswirtschaftliche Treuhand Stuttgart GmbH
Hohe Str. 16, 70174 Stuttgart
Telefon: 0711/16345410, Mail: dsb-wts@wts-vbw.de

Zweckbestimmung der Datenverarbeitung

Anbahnung und Durchführung eines Mietverhältnisses

1. Mietverwaltung/Wohnungsbewirtschaftung
2. Abrechnung (Miete, Heiz- und Betriebskosten)

Bereitstellung von Smart-Home-Anwendungen

1. Vernetzung von Geräten über eine zentrale Server-Plattform
2. Zentrale Steuerung und Orchestrierung der eingebundenen Geräte
3. Überwachung der Wohnung mittels Sensoren
4. Auslösen von Funktionen mittels Aktoren
5. Automatisierung von Funktionen
6. Smart Metering (Digitale Strom- / Wasser- / Wärmezähler)
7. Schlüsselloses Transitmanagement; intelligente Aufzugssteuerung
8. Auswertung der Daten für zukünftige Produkt- und Service-Entwicklungen

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Rechtfertigung

1. Vertrag Mietvertrag
2. Gesetz Meldepflichten nach Meldegesetz, Buchführungspflicht nach HGB und Steuergesetzen, Heizkostenverordnung, Betriebskostenverordnung

Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

1. Intern
Weitere Abteilungen des Unternehmens, die mit der Verarbeitungstätigkeit bzgl. der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertragsverhältnis beauftragt sind
2. Extern
IT-Dienstleister bzw. Softwaresystemhäuser für EDV-Anwendungen (z.B. externe IT-Administration, ERP-Systemhersteller, etc.)
Projektpartner zur Bereitstellung der Smart-Home-Technologie
Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Berater
Rechtsanwälte (Mieterstreitigkeiten, Inkasso, Räumung)
Messdienstleister
Handwerker (Instandhaltung, Modernisierung, Reparaturmaßnahmen)
Inkasso-Unternehmen
Banken
Energieversorgungsunternehmen
Auskunfteien
Hausmeister, Hauswarte bzw. geringfügig Beschäftigte
Gesetzlicher Vertreter / Vormund
Weitere Dienstleister z.B. im Rahmen der Verkehrssicherung
Kooperationspartner im Rahmen des Sozialen Managements
3. Ämter und Behörden (sofern Daten auf gesetzlicher Grundlage angefordert werden bzw. bereitzustellen sind)

Geplante Datenübermittlung in Drittstaaten

Es erfolgt keine Übermittlung in Staaten außerhalb der EU und ist auch nicht geplant

Nach Artikel 13 Abs. 2 DSGVO zur Verfügung zu stellende Informationen

1. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht auf:

- 1.1 Auskunft über Ihre gespeicherten und verarbeiteten personenbezogenen Daten
- 1.2 Berichtigung Ihrer hinterlegten personenbezogenen Daten
- 1.3 Löschung Ihrer nicht mehr benötigten Daten
- 1.4 Einschränkung der Nutzung Ihrer Daten
- 1.5 Widerspruch (speziell bei zuvor gegebenen Einwilligungen)
- 1.6 Datenübertragbarkeit

2. Speicherdauer

Entsprechend den gesetzlichen Aufbewahrungszeiträumen, oder Angaben auf den jeweiligen Formularen

3. Widerruf bei Einwilligung

Erfolgt die Speicherung Ihrer Daten aufgrund Ihrer Einwilligung, können Sie die Einwilligung widerrufen. Die Speicherung Ihrer Daten erfolgt i.d.R. auf vertraglicher Grundlage bzw. aufgrund einer Vertragsanbahnung. Eine Einwilligung liegt in solchen Fällen nicht vor.

4. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

- 4.1 Gemäß Artikel 77 DSGVO haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO oder das BDSG verstößt
- 4.2 Beschwerden richten Sie bitte an:
Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Königstr. 10a
70173 Stuttgart
Telefon: 0711/6155410
E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

5. Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten und die Folgen der Nichtbereitstellung

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist für die Anbahnung und Durchführung des Mietverhältnisses erforderlich bzw. wir sind gesetzlich verpflichtet, diese Daten zu erheben. Ohne diese Daten können wir den Vertrag nicht abschließen oder durchführen. Soweit gesetzliche Verpflichtungen zur Erhebung dieser Daten bestehen, würden wir einen Gesetzesverstoß begehen, der ggf. straf- oder bußgeldbewehrt wäre.

6. Automatische Entscheidungsfindung

Eine automatisierte Entscheidungsfindung erfolgt nicht.